

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses vom 26.01.2006 um 18.35 Uhr
im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul
2. Bgmin. Gold
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene
Stadtrat Heisel

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Weiglein
Stadtrat Schardt
Stadträtin Schwab (für Stadtrat Rank)

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Müller
Stadtrat Schmidt
Stadtrat May

FBW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Popp

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer
Groß

Berichterstatter:

Amtsrat Hartner
Dipl.-Ing. Lepelmann
Assessorin Ingrisch
Frau Löther, Förderverein ehem. Synagoge (Ziffer 11)
Dipl. – Ing. Richter (Ziffer 15 – 19)

Protokollführer: Verwaltungsfachangestellter Müller

Als Gäste:

Stadträtin Richter
Stadtrat Konrad
Bgm. Böhm
Stadträtin Sagol
Stadträtin Stocker

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Rank

Feststellung gemäß § 22 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Finanzausschusses waren ordnungsgemäß geladen. Von den 13 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Finanzausschuss ist somit beschlussfähig.

1. Budgetierung von städtischen Einrichtungen im HHjahr 2006; Stadtbücherei im Luitpoldbau

- A. Amtsrat Hartner geht auf den Budgetvorschlag der Bücherei ein und bittet, auch im Hinblick auf die Szenarien und Kürzungen im Jahr 2005, die vorgeschlagene Summe zu beschließen.
Stadtrat Müller stellt fest, dass gemäß der Budgetierungsrichtlinien tarifliche Steigerungen durch Einnahmeerhöhung bzw. Ausgabeminderungen abgefangen werden sollten. Er hält es für sinnvoll, die Steigerung bereits in diesem Jahr über eine geringe Entgeltanpassung auszugleichen. Er hat Bedenken, dass in drei Jahren dann eine größere Anpassung notwendig sei, dies sollte besser nach und nach geschehen.
Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer gibt Stadtrat Müller soweit Recht, weist aber darauf hin, dass es trotzdem eine Ermessensentscheidung bleibe, ob das Budget daran angepasst werde oder nicht. Zudem weist er darauf hin, dass im Erhöhungsbetrag von 4.900,00 € auch die zusätzlichen Kosten für die Instandhaltung der EDV-Anlage von 2.000,00 € enthalten seien.
Stadträtin Dr. Endres-Paul gibt zu Bedenken, dass durch die Reduzierung der Ausgaben auch die Qualität der Einrichtung zurückgehe und erinnert an die Kürzungen aus dem Vorjahr.
Stadträtin Wallrapp befürwortet ebenfalls – auch aufgrund des schlechteren Haushaltsjahres 2007 – die Ausgaben leicht zu senken bzw. die Einnahmen durch Gebührenerhöhung zu steigern.
Amtsrat Hartner gibt zu Bedenken, dass die Bücherei in den Vorjahren Kürzungen hat abfangen müssen und eine Gebührenerhöhung bereits im Mai 2004 erfolgte, von welcher man sich nach anfänglichem Benutzerrückgang langsam wieder erholt habe.
Oberbürgermeister Moser kann alle Argumente teilen und schlägt als Budgetsumme 203.000,00 € vor, was eine Kürzung von 980,00 € bedeutet.

B. Mit 8 : 5 Stimmen

Das Budget der Stadtbücherei wird im Haushaltsjahr 2006 auf 203.000,00 € festgelegt.

- C. Stadtrat Müller möchte zu Protokoll geben, dass die UsW-Fraktion dagegen gestimmt hat, weil die tarifliche Steigerung nicht durch das Budget abgefangen werde.

2. Budgetfestlegung 2006 für die Volkshochschule Kitzingen

Mit 13 : 0 Stimmen

Das Budget der Volkshochschule Kitzingen beträgt für das Haushaltsjahr 2006 194.920,00 Euro.

3. Budgetfestlegung 2006 für die Alte Synagoge

Mit 13 : 0 Stimmen

Das Budget der Alten Synagoge beträgt für das Haushaltsjahr 2006 68.986,00 Euro.

4. Budgetfestlegung 2006 für die Musikschule

Mit 13 : 0 Stimmen

Das Budget der Musikschule der Stadt Kitzingen wird im Haushaltsjahr 2006 auf 297.575 € festgesetzt.

5. Budget der Tourist-Information für das Haushaltsjahr 2006

Mit 13 : 0 Stimmen

Für die Tourist-Information der Stadt Kitzingen wird das Budget für das Haushaltsjahr 2006 in den Einnahmen auf 8.100 € und in den Ausgaben auf 125.350 € festgesetzt, d.h. das Budget insgesamt beträgt 117.250 €.

6. Budget der Steuerverwaltung für das Jahr 2006

Mit 12 : 1 Stimmen

Das Budget der Sachgebiets 22 – Steuerverwaltung – für 2006 wird auf 135.810,00 € festgesetzt.

7. Budgetierung der Kommunalen Verkehrsüberwachung für das Haushaltsjahr 2006

Mit 13 : 0 Stimmen

Für den Kommunalen Verkehrsüberwachungsdienst der Stadt Kitzingen wird das Budget für das Haushaltsjahr 2006 auf 44.410 Euro (Einnahmen 107.400 Euro und Ausgaben 151.810 Euro) festgesetzt.

8. Budgetierung der Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Kitzingen für das Haushaltsjahr 2006

Mit 13 : 0 Stimmen

Für die Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Kitzingen wird das Budget für das Haushaltsjahr 2006 auf 258.600,00 Euro festgesetzt.

9. Budgetierung UA 7300 – Märkte – 2006

A: Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer geht kurz auf das Budget der Märkte ein. Er erklärt, dass die Einlagerungskosten der Markthütten für den Bauhof noch nicht im Budget mitaufgenommen wurden, da sie für das nächste Jahr neu berechnet werden. Daher ergebe sich der Überschuss von 200,00 €.

Stadtrat Müller ist der Meinung, auf der Ausgabeseite für Bauhofskosten 200,00 € zu veranschlagen und somit ein ausgeglichenes Budget zu erhalten.

B. **Mit 13 : 0 Stimmen**

Der UA 7300 – Märkte – wird für das Jahr 2006 budgetiert. Die Budgetsumme beträgt 0,00 Euro (Einnahmen: 5.840 Euro, Ausgaben 5.840 Euro).

Das Budget umfasst folgende Haushaltsstellen:

7300.1166, 7300.1420, 7300.6320, 7300.6445, 7300.6790, 7300.6792;

10. Budgetierung des Kleingartenwesens ab 2006

Mit 13 : 0 Stimmen

Im Haushaltsjahr 2006 wird der UA 5905 – Kleingartenwesen – budgetiert.

Das Budget wird auf **29.290,00 €** festgelegt.

Das Budget umfasst alle Haushaltsstellen des Verwaltungshaushalts dieses Unterabschnitts. Eine Aufstellung über die Budgetermittlung ist als Anlage beigefügt.

11. Kunstaussstellung in der Alten Synagoge:

hier: Alain Kleinmann

A. Amtsrat Hartner geht ausführlich auf das Ausstellungsangebot des Herrn Kleinmann ein und stellt dar, welche Kosten auf die Stadt zu kommen werden und welche Einnahmemöglichkeiten man habe. Er freut sich, hiermit einen hochklassigen Künstler nach Kitzingen zu bekommen und stellt die überörtliche Bedeutung dieser Ausstellung dar. Aufgrund der Planung von Herrn Kleinmann bittet er, hierzu heute den Beschluss zu fassen.

Stadträtin Dr. Endres-Paul schließt sich den Äußerungen von Amtsrat Hartner an. Sie denkt nicht, dass diese Ausstellung zur zeitgleich stattfindenden PAM-Ausstellung eine Konkurrenz darstelle und spricht sich für das Angebot des Herrn Kleinmann aus.

Stadtrat Dr. v. Hoyningen-Huene spricht sich für diese Ausstellung aus und freut sich im Nachgang zur Chagall-Ausstellung nochmals ein Angebot mit überregionaler Bedeutung in Kitzingen präsentieren zu können.

Stadtrat Popp äußert Bedenken hinsichtlich des Ausstellungsortes, der zeitgleichen PAM-Ausstellung und der Kosten. Er könne sich nicht vorstellen, dass durch den Verkauf der Bilder die Kosten der Stadt gedeckt werden. Zudem möchte er wissen wie die Beteiligung des Förderverein ehem. Synagoge aussehen werde.

Frau Löther vom Förderverein der ehem. Synagoge geht kurz auf die mögliche Kostenbeteiligung ein (Werbung, Aufsicht, Eröffnung).

Amtsrat Hartner sieht keine Konkurrenz zur PAM-Ausstellung, da im Jahr 2006 keine Kunstaussstellung präsentiert werde, sondern „Weihrauch“ Thema sei. Hinsichtlich der Kosten ist Amtsrat Hartner positiv eingestellt, dass durch den Verkauf der Bilder die Stadt Kitzingen „schwarze Zahlen“ schreiben werde.

Nach weiterer Diskussion stellt Stadtrat May den Antrag auf Schluss der Debatte.

B. Mit 13 : 0 Stimmen

Dem Antrag von Stadtrat May auf Schluss der Debatte wird stattgegeben.

C. Mit 12 : 1 Stimmen

1. Es besteht Einverständnis, gemeinsam mit dem Förderverein ehem. Synagoge in der Zeit vom 24.07.2006 – 10.09.2006 eine Kunstaussstellung mit Werken von Alain Kleinmann durchzuführen.
2. Für die Durchführung werden im Haushalt 2006 folgende Ansätze eingestellt:

Ausgaben:	13.500,00 €
Einnahmen:	13.500,00 €.

12. Sozialstationen im Landkreis Kitzingen;
Finanzierungsbeteiligung der Stadt Kitzingen

Mit 13 : 0 Stimmen

Die Stadt Kitzingen leistet im Jahr 2006 einen Zuschuss in Höhe von 0,80 € / Einwohner an die Sozialstationen.

Die entsprechenden Mittel in Höhe von 17.600,00 € werden im Haushalt 2005 (Hst. 4700.7000) bereitgestellt.

13. Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans
„Sondergebiet Möbelmitnahmemarkt Dreistock“, mit paralleler Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) Nr. 27 und Anpassung des Landschaftsplans (LP) im gleichen Bereich als 2. Änderung des B-Plans Nr. 66 „Schwarzacher Str. West“ mit integriertem Grünordnungsplan (GOP) im Bereich der Fl.Nr. 5062/3 Tfl.

- Ergebnisse der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie der erneuten Beteiligung der Träger öffentl. Belange (TÖB) gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 05.12.05 – 06.01.06
- Beschluss/Weiteres Vorgehen

Mit 13 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag mit Anlagen und dem mündlichen Vortrag des Büros Wegener wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis, zu den während der Auslegung sowie der erneuten Beteiligung der TÖB in der Zeit vom 05.12.05 - 05.01.06 eingegangenen Bedenken und Anregungen gem. Anlage 1 (Fassung vom 12.01.06, S. 4-6) Stellung zu nehmen.
3. Der rechtsgültige Flächennutzungsplan (FNP) der Stadt Kitzingen vom 31.10.1986 wird im Teilbereich „Am Dreistock“ (Fl.Nr. 5062/3 Tfl.) geändert (Änderungsverfahren Nr. 27). Im gleichen Zug erfolgt die Anpassung des Landschaftsplans im o.a. Bereich.
Die Änderung Nr. 27 von FNP und LP wird im sog. „Parallelverfahren“ gem. § 8 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) durchgeführt.

Die Änderungen sind dargestellt auf den Planblättern i.d.F. v. 24.11.05 innerhalb des schwarz gestrichelten Linienzuges. Weitere Bestandteile sind Begründung und Umweltbericht zu FNP und LP vom 28.09.05 i.d.F. v. 02.02.06

Inhalt der Änderung:

- Anstelle der dortigen „Gewerblichen Bauflächen“ wird ein „SO-Sondergebiet Einzelhandel-Möbelmarkt bis max. 3.700 m² VK“ dargestellt.

Die Verwaltung wird beauftragt, das Änderungsverfahren Nr. 27 gem. § 6 BauGB der Regierung v. Unterfranken zur Genehmigung vorzulegen.

4. Vorbehaltlich der Genehmigung der FNP-Änderung Nr. 27 durch die Regierung v. Unterfranken im Parallelverfahren gem. § 8 Abs. 3 BauGB erlässt die Stadt Kitzingen folgende Satzung für die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Sondergebiet Möbelmitnahmemarkt Dreistock“ in der Form der 2. Änderung des B-Plans Nr. 66 „Schwarzacher Straße West“ mit integriertem GOP für die Fl.Nr. 5062/3 Tfl..

Grundlagen sind:

§ 1 Abs. 1, § 9 und § 12 Baugesetzbuch (BauGB) vom 27.08.1997 (BGBl. I, S. 2241) i.d.F. v. 24.06.2004 (BGBl. I, S. 1359) in Verbindung mit Art. 91 Abs. 1 und 3 der Bayer. Bauordnung i.d.F. der Bekanntmachung vom 04.08.1997 (BayGVBl. S. 433) und Art. 23 der Gemeindeverordnung für den Freistaat Bayern i.d.F. der Bekanntmachung vom 06.01.1993 (GVBl., BayRS 2020-1-11).

Bebauungsplan-Satzung

§ 1

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan „Sondergebiet Möbelmitnahmemarkt Dreistock“ in der Form der 2. Änderung des B-Plans Nr. 66 „Schwarzacher Straße West“ mit integriertem GOP wird aufgestellt. Der Geltungsbereich liegt innerhalb der durch einen schwarz gestrichelten Linienzug umgrenzten Flächen, die im Planblatt vom 28.09.05 ausgewiesen sind.

§ 2

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan mit integr. GOP besteht aus dem Planblatt vom 28.09.05 mit den darauf enthaltenen Festsetzungen sowie der Begründung mit Umweltbereich vom 28.09.05, geändert am 24.11.05 und redaktionell ergänzt am 02.02.06.

§ 3

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan „Sondergebiet Möbelmitnahmemarkt Dreistock“ in der Form der 2. Änderung des B-Plans Nr. 66 „Schwarzacher Straße West“ mit integriertem GOP“ mit integr. GOP wird mit der Bekanntmachung nach § 12 BauGB rechtsverbindlich.

5. Die Verwaltung wird ermächtigt, nach Eingang der Genehmigung zur FNP-Änderung Nr. 27 die 2. Änderung des B-Plans Nr. 66 „Schwarzacher Straße West“ mit integriertem GOP“ bekannt zu machen.

Vergabe von Mess- und Prognosearbeiten
Information/Weiteres Vorgehen

A. Dipl. – Ing. Lepelmann geht ausführlich auf den Sachverhalt ein. Es ist nun zu überlegen, ob die Mess- und Prognosearbeiten von der Fa. anbus durchgeführt werden könne. Diese ist laut Prüfung von Herrn Dr. Moldan genauso qualifiziert wie die Fa. E-Norm, hat jedoch den Vorteil, dass sie die notwendige FEE-Qualifizierung habe. Somit könne ein Zuschussantrag gemäß FEE-II gestellt werden, wobei bis zu 90 % der förderfähigen Kosten bezuschusst werden können.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer ergänzt, dass vor einer Vergabe des Auftrags zuerst der Zuschussantrag abgegeben sowie die Bewilligung des Zuschusses abgewartet werden muss.

Stadträtin Wallrapp als Referentin für Stadtwald und Umweltfragen spricht ihren Unmut darüber aus, dass diese Information kurzfristig auf den Tisch gelegt wurde. Bevor der Auftrag vergeben werde, solle zunächst die Zuschusssituation abgeklärt werden. Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass er zunächst mit der Tischvorlage über die Situation informieren wollte und in heutiger Sitzung keinen Beschluss erwartete.

B. Ohne Abstimmung

Es besteht Einverständnis damit, dass auf Grundlage des Angebotes der Fa. anbus (Fürth) der Zuschussantrag bei der Regierung von Unterfranken eingereicht wird. Erst nach konkreter Aussagen hinsichtlich des Zuschuss wird die Vergabe nochmals behandelt.

15. Projektbericht

Kanal- und Straßenbauarbeiten Eselsberg Süd und Richard-Wagner-Straße

A. Berufsmäßiger Stadtrat Groß geht ausführlich auf den Projektbereich ein. Stadträtin Dr. Endres-Paul bemängelt die Projektberichte im Allgemeinen, da sie keine konkreten Erläuterung beinhalten. Auf weitere Anfragen der Stadtratsmitglieder antworten Dipl. – Ing. Richter sowie die Berufsmäßigen Stadträte Groß und Rodamer. Oberbürgermeister Moser sagt abschließend zu, die Projektberichte zukünftig einfacher und verständlicher zu gestalten.

Ohne Abstimmung

Der Sachvortrag der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

16. Projektbericht

Erschließung Baugebiet „Unterer Hammerstiel Weg“

A. Berufsmäßiger Stadtrat Groß geht auf den Projektbereich ein und teilt mit, dass man sich im Kostenrahmen befinde.

B. Ohne Abstimmung

Der Sachvortrag der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

17. Projektbericht

Erschließung Baugebiet „Budental West“

A. Berufsmäßiger Stadtrat Groß erläutert kurz den Projektbericht. Dipl. – Ing. Richter geht auf verschiedene Fragen der Stadtratsmitglieder ein.

B. Ohne Abstimmung

Der Sachvortrag der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

18. Projektbericht
Gewerbegebiet „Großlangheimer Straße Nord“

A. Nach den Erläuterungen zum Projektbereich von Berufsmäßigem Stadtrat Groß geht Dipl. – Ing. Richter auf die Fragen des Gremiums ein.

B. Ohne Abstimmung

Der Sachvortrag der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

19. Projektbericht
Bypass zum Stadtgraben

Nach der Erläuterung des Projektberichts durch Berufsmäßiger Stadtrat Groß wird dieser

ohne Abstimmung

zur Kenntnis genommen.

20. Information von Assessorin Ingrisch
Durchführungsvertrag Solarpark Steinhügel, E.M.C Limited

Assessorin Ingrisch teilt mit, dass es hinsichtlich des Durchführungsvertrages noch viele offene Fragen gebe und zur Lösung derer mit dem Rechtsanwalt der Fa. E.M.C. Limited in Kontakt bleibe.

Dipl. – Ing. Lepelmann ergänzt, dass die Arbeiten zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan soweit abgeschlossen seien und dieser zum Abschluss gebracht werden könnte.

21. Festlegung von Straßennamen;
Baugebiet „Buddental“

A. Berufsmäßiger Stadtrat Groß geht auf die vorgeschlagenen Straßennamen ein. Stadtrat Müller ist aufgrund mögliche Verwechslungen mit der Kaiserstraße bzw. dem Frida-von-Soden-Haus der Auffassung die Straßen nach „Engelbert Bach“ und „Klaus Rother“ zu benennen und bittet darüber abzustimmen.

Stadtrat Heisel bittet dies im Vorfeld mit den Erben bzw. Verwandten Beider abzuklären.

B. Mit 13 : 0 Stimmen

Die Erschließungsstraßen im Baugebiet „Buddental“ erhalten folgende Namen:

- a) Straße A: Engelbert-Bach-Straße (rot angelegt)
- b) Straße B: Klaus-Rother-Straße (gelb angelegt)

22. Antrag der CSU-Stadtratsfraktion auf Klausurtagung des Stadtrates

A. Eingangs weist Oberbürgermeister Moser darauf hin, dass er lediglich über die aktuelle Situation informieren, jedoch nicht eine Diskussion anreizen möchte.

Amtsrat Hartner geht auf die verschiedenen Tagungsorte, mögliche Zeiträume sowie mögliche Referenten ein. Dies sollte als Grundlage für die Diskussion in den Fraktionen und Gruppen herangezogen werden. Zudem bittet er dabei um Beachtung, ob die Spitzen der Verwaltung bei der Klausurtagung teilnehmen sollten.

Stadtrat Müller stellt fest, dass der Ton zwar hart und rau war, er jedoch der Auffassung sei, dass sich durch eine Klausurtagung daran nichts ändern werde. Manches, so denkt er, sei auch von anderer Seite hochgespielt worden. Viel wichtiger als eine Klausurtagung sei für Stadtrat Müller das Abhalten einer Fraktionsvorsitzendenbesprechung, in der wichtige Dinge vorab diskutiert werden könnten, wobei auch jeder den gleichen Sachstand hätte.

Stadtrat Weiglein als Antragssteller stellt fest, dass der Ton rauer und die Stimmung im Gremium und in der Verwaltung schlechter geworden sei. Seiner Meinung nach sei es sinnvoll, die Klausurtagung außerhalb von Kitzingen abzuhalten. Abschließend gibt er zu Bedenken, dass aufgrund der anstehenden Probleme (Konversion, Abzug der US-Streitkräfte) eine Klausurtagung dringend notwendig sei.

2. Bgmin. Gold kritisiert den Antrag von Stadtrat Weiglein dahingehend, dass er hiermit für eine bessere Stimmung werbe, aber gleichzeitig mit Äußerungen zum Gegenteil beitrage.

Stadtrat Müller stellt fest, dass das Vertrauen zwischen Verwaltung und Stadtrat verloren gegangen sei und dieses durch ein zweitägiges Seminar auch nicht wieder hergestellt werde. Seiner Meinung nach müsse dieses Vertrauen wieder erarbeitet werden, wozu in den nächsten Monaten mit den umfangreichenden Aufgaben die Möglichkeit bestehe.

Im Folgenden diskutieren die Finanzausschussmitglieder über die Klausurtagung.

Oberbürgermeister Moser stellt fest, dass eine Fraktionsvorsitzendenbesprechung für die Lösung des Problems nicht zielführend sei. Seiner Meinung nach sei eine Klausurtagung die beste Möglichkeit, die Unstimmigkeiten innerhalb des Stadtrats und zwischen der Verwaltung zu beseitigen.

B. **Mit 13 : 0 Stimmen**

Dem Antrag von Stadtrat Dr. v. Hoyningen-Huene auf Schluss der Debatte wird stattgegeben.

C. Nach kurzer Diskussion hinsichtlich der Klausurtagung und der Fraktionsvorsitzendenbesprechung sagt Oberbürgermeister Moser zu, zunächst in einer Fraktionsvorsitzendenbesprechung das Thema zu beraten, bevor es nochmals vorgetragen werde.

23. Anfrage von Stadtrat Popp

Ausstellung Tradition Gartenbau Etwashausen 2008

Stadtrat Popp möchte wissen, wann die Ausstellung der PAM e. V. „Tradition des Gartenbaus 2008“, die im Vorgriff auf die Kleine Gartenschau 2011 durchgeführt werden könnte, nochmals beraten werde.

Amtsrat Hartner weist daraufhin, dass am Freitag, 27.01.06 diesbezüglich eine Besprechung mit Herrn Christof und Leader + stattfinden werde. Anschließend ergehe hierzu eine entsprechende Vorlage.

24. Anfrage von 2 Bgmin. Gold
Mobilfunk Kaufhaus Storg

2. Bgmin. Gold informiert, dass sie einen Anruf von der Nachbarin des Kaufhauses Storg erhalten habe und diese nachgefragt habe, was mit der Mobilfunkanlage geschehe. Sie wollte hiermit lediglich informieren, dass eine Nachfrage von dieser Dame kommen könnte.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

Oberbürgermeister Moser schließt die öffentliche Sitzung um 21.15 Uhr.

Oberbürgermeister
gez.
Moser

Protokollführer
gez.
Müller